

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 98/30  
Telex: 08 86 845-48 ppbn d



## Inhalt

Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, warnt vor "europäischen Lösungen" für afrikanische Probleme.

Seite 1/2

Heinz Kreuzmann MdB würdigt Leben und Werk des im Alter von 81 Jahren verstorbenen SPD-Politikers Ernst Paul.

Seite 3/4

Horst Gobrecht MdB legt ein Konzept zur gerechteren Besteuerung der Landwirte vor.

Seite 5/6

Filbinger verstrickt sich immer mehr beim Versuch seine Vergangenheit mit untauglichen Argumenten abzuschütteln.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 110

13. Juni 1978

Afrika und die SPD

-----  
Statt Waffenlieferungen ein europäisch-afrikanischer Solidaritätspakt

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag

Eine kürzlich abgeschlossene Umfrage in afrikanischen Staaten hat ergeben, daß das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im schwarzen Kontinent noch immer sehr zu wünschen übrig läßt. Wir tragen noch immer an der Hypothek vergangener Jahre und Jahrzehnte, als die Entkolonialisierung uns entweder unentschlossen oder auf der falschen Seite gefunden hat.

Auf der falschen Seite standen wir zuletzt beim Befreiungskampf der ehemaligen portugiesischen Kolonien, den die portugiesischen Kolonialherren zum Teil mit deutschem Material, auf jeden Fall aber unbehindert von deutschem Widerstand führen konnten. Unentschlossen sind wir auch heute noch, wenn es um eine klare Haltung gegenüber der Republik Südafrika geht - wenn auch zu bedenken ist, daß konkrete Aktionen sorgfältig auf ihre Auswirkungen für die Bevölkerungsmehrheit jenes Landes hin geprüft werden müssen.

Von uns wird keine direkte Einmischung in die Angelegenheiten afrikanischer Staaten verlangt. Dies lehnt die Bundesregierung ebenso ab wie die SPD und die Sozialisti-

sche Internationale. Auch wenn nicht bestritten werden kann, daß europäische und deutsche Interessen in Afrika auf dem Spiel stehen, darf das nicht bedeuten, daß afrikanischen Problemen europäische Lösungen aufgepfropft werden.

Darum ist die Absage der Bundesregierung an die Idee zu begrüßen, eine afrikanische Schutztruppe aufzubauen und mit Geld und Waffen zu unterstützen. Ein solches Ansinnen ist vom tansanischen Präsidenten Nyerere mit Recht als Beleidigung Afrikas zurückgewiesen worden. Die Probleme in Zaire, die den Gedanken an eine afrikanische Schutztruppe ausgelöst haben, lassen sich langfristig auch nicht durch Waffenhilfe lösen. Das Herauswerfen von Aufständischen aus Zaire durch fremde Truppen kann sich als sehr kurzfristige Lösung herausstellen; keiner weiß, wie rasch die "Katanga-Gendarmen" zurückkommen können. Die Verteidigung einer korrupten und unfähigen Regierung wird kaum einen dauerhaften Frieden bringen.

Was für uns zutrifft, hat jedoch in gleichem Maße für die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu gelten. Es war gut, daß ihnen der amerikanische Präsident Carter in seiner vielbeachteten Rede in der US-Militärakademie Annapolis einen Schuß vor den Bug gegeben hat. Wie jede andere Intervention von außen wird auch die ihre zu einer ernststen Gefahr für den regionalen Frieden, und man kann Präsident Carter nur zustimmen, wenn er für Afrika Friedensarbeit statt Kriegsgerät fordert. In diesem Sinne sollte das EWG-AKP-Abkommen von Lome als Fundament für einen großzügigen europäisch-afrikanischen Solidaritätspakt genutzt werden.

Durch tatkräftige Hilfe und eine unmißverständliche Haltung kann die Bundesregierung mit dafür sorgen, daß die Vertreter der um ihre Rechte kämpfenden Bevölkerungsmehrheiten im südlichen Afrika nicht in die Arme der Kommunisten getrieben werden.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird versuchen, den ihr möglichen Anteil dazu zu leisten. Im Februar dieses Jahres war eine Delegation der Fraktion im südlichen Afrika; eine Gruppe des Auswärtigen Ausschusses, zu der drei SPD-Bundestagsabgeordnete gehört haben, besuchte diese Region im Mai. Die Erfahrungen, die dabei gesammelt wurden, werden wir nutzen, um unsere Vorstellungen von einer Politik gegenüber Afrika im Allgemeinen und seinem südlichen Teil im Besonderen zu konkretisieren und Maßnahmen praktischer Solidarität vorzuschlagen, die dem friedlichen Zusammenleben und Wandel sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen.

(-/13.6.1978/ks/hgs)

### Ein großer Sozialist und Europäer

---

Ernst Paul starb im 82. Lebensjahr in Österreich

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Zu seinem achtzigsten Geburtstag in Eßlingen waren viele versammelt, die in der Partei Rang und Namen haben: Willy Brandt, der Parteivorsitzende und Weggefährte vieler Jahre, Erhard Eppler, der Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Bundesminister Volker Hauff, der sein Nachfolger als Wahlkreisabgeordneter in Eßlingen war und dem er vieles aus seiner reichen Lebenserfahrung vermittelt hatte. Nun ist Ernst Paul, einst einer der maßgebenden Exponenten der Sozialistischen Jugend-Internationale, später Parteisekretär und Chef der Republikanischen Wehr der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der CSSR für immer von uns gegangen. Ein gnädiger Tod überraschte ihn im Urlaub in Gallsbach in Österreich. Schwere Leiden sind ihm weitestgehend erspart geblieben.

Ernst Paul war ein kompromißloser Kämpfer gegen Unrecht und Diktatur. Die Not war ihm in den Jugendjahren in seiner Heimat in Nordböhmen Weggefährte gewesen. Sie schärfte seinen Sinn für soziale Gerechtigkeit und gegen soziale Unterdrückung. Der Weg zur weiterbildenden Schule war ihm wegen der Armut des Elternhauses versperrt. Alles, was er sich im Laufe seines Lebens an Wissen aneignete, und das war nicht wenig, hat er sich als Autodidakt erworben. Er wurde dennoch ein beachtlicher Historiograph der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. Geschichte war es, die ihn von früh an faszinierte.

Es war die Geschichte des österreichischen Vielvölkerstaates, die ihn geprägt hat. Sie bewahrte ihn im Zusammenleben mit dessen vielfältigen Nationen in der

K.u.K. Armee des ersten Weltkrieges vor jedem Nationalismus und machte ihn zum Europäer zu einer Zeit, als man kaum wußte, was Europa sein sollte. So war Ernst Paul von Beginn seines Lebens an Europäer und Sozialist. Es war der demokratische Sozialismus, dem er sich mit all seiner Zähigkeit und Beharrlichkeit verschrieb und dem er ein ganzes Leben lang, auch unter Not und Verfolgung, die Treue hielt.

Die Bewährungsprobe kam für ihn in der Zeit des aufkommenden Nationalsozialismus. Nicht Kompromiß, sondern harte Abwehr war hier von Anfang an seine Haltung. In diesem Sinne prägte er die Republikanische Wehr, deren Mitglieder heute noch in großer Verehrung seinen Namen nennen. Seine Stärke war, er war nicht nur der Vorsitzende dieser Organisation, die den dringend notwendigen Versammlungsschutz stellte, er war auch der beste Kamerad seiner Männer. Für seine politischen Gegner war er der bestgehaßte Mann. Als 1938 Henlein triumphierte, war für Ernst Paul kein Bleiben in seiner Heimat mehr. Er ging nach Schweden und suchte von dort aus seinen Männern zu helfen. Vielen schaffte er Arbeitsplätze und Unterkunft nach der Flucht. Von Schweden aus organisierte er aktiv den Kampf gegen Hitler und versuchte mit Wenzel Jaksch das Konzept der Massenvertreibung zu unterlaufen. Es war ihm nicht vergönnt, der Menschlichkeit zum Siege zu verhelfen, aber die Niederlage Hitlers war für ihn Beginn einer neuen Hoffnung.

Als Chefredakteur der AZ in Baden-Württemberg, als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, als Geschäftsführendes Präsidialmitglied der Seliger-Gemeinde schrieb er seinen Namen in die Geschichte der Nachkriegszeit ein. Nicht nur die Institutionen des Wehrbeauftragten, auch der Europarat erhielt viele wertvolle Anregung aus seiner großen Lebenserfahrung. Mit Ernst Paul haben die deutsche Sozialdemokratie und die internationale sozialistische Bewegung daher einen Mann verloren, der in seiner bescheidenen und unaufdringlichen Art nicht nur ihre Geschichte in seiner alten Heimat schrieb. Er hat auch diese Geschichte wesentlich mitgestaltet. Mit Respekt und Trauer stehen wir vor seinem Lebenswerk.

(-/13.6.1978/ks/hgs)

Mehr Steuergerechtigkeit verwirklichen

Einkommenbesteuerung der Landwirtschaft jetzt anpacken

Von Horst Gobrecht MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion  
im Finanzausschuß des Bundestages

Im Februar dieses Jahres hat die Kommission zur Begutachtung der Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft ihr ebenso aufsehenerregendes wie qualifiziertes Gutachten vorgelegt. Klarer und sachverständiger hätte eine Untersuchung dieses Bereichs kaum ausfallen können: Verstoß gegen das Prinzip einer gleichen und gerechten Besteuerung, große steuerliche Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft mit besonders großen Vorteilen für die Bezieher höherer landwirtschaftlicher Einkünfte, totales Mißverhältnis in der Einkommensbesteuerung innerhalb der Landwirtschaft einerseits, zur Steuerpflicht der Arbeitnehmer, der Gewerbetreibenden und der Freiberufler andererseits. Denn während der Anteil der von der Einkommensteuer erfaßten Einkommen nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bei Arbeitnehmern und Gewerbetreibenden 80 Prozent ausmacht, beträgt er bei der Landwirtschaft gerade 15 Prozent.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte im Februar zum Gutachten gesagt: Wir werden es nicht beim Dank an die Kommission bewenden lassen, sondern die Analyse des Gutachtens sorgfältig prüfen und sodann handeln. Das gilt. Was ist inzwischen geschehen?

Landwirtschafts- und Steuerexperten der Fraktion haben die Feststellungen des Gutachtens durchgearbeitet. Für mich gibt es keinen Zweifel daran, daß noch in dieser Legislaturperiode gesetzgeberische Konsequenzen für die Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft zu ziehen sind. Die von der Opposition angestrebte Verzögerung und Verschleppung bis zu einem St.-Nimmerleinstag wird die sozialliberale Koalition nicht mitmachen. Man kann nicht ständig mehr Steuergerechtigkeit, Steuervereinfachung und den Abbau von Subventionen fordern, andererseits aber in einem so wichtigen Bereich wie dem der Landwirtschaft an einer so evidenten Steuergerechtigkeit festhalten.

Das werden sich auch gerade diejenigen Landwirte nicht mehr länger gefallen lassen, die nach der gegenwärtig geltenden und nahezu willkürlich wirkenden Durchschnitts-

satzbesteuerung im Einzelfall bis zu 15.000 DM an Einkommensteuer jährlich zahlen, während ihr Nachbar nicht nur einkommensteuerfrei ausgeht, sondern auch noch alle staatlichen Transferleistungen erhält, die an niedrige Einkommensgrenzen geknüpft sind.

Klar ist für mich, daß die große Mehrheit der Landwirte auch zukünftig nicht mit unnötigen Aufzeichnungspflichten belastet werden soll. Wer real jährlich nicht mehr als 12.000 DM Gewinn aus der Landwirtschaft erzielt, sollte auf Antrag jeweils für einen bestimmten Zeitraum nach Durchschnittssätzen mit angemessenen Steuerabzugs- bzw. Steuerfreibeträgen geschätzt werden. Zu dieser Gruppe dürften mehr als die Hälfte - rd. 450.000 - Landwirte gehören. Für eine Mittelgruppe mit realen Gewinnen zwischen 12.000 und 24.000 DM jährlich sollten einfache Aufzeichnungen der Einnahmen und Ausgaben mit einer Sammlung der Belege ("Schuhkarton") vorgesehen werden, damit eine realistische Gewinnermittlung gerechte Steuerbegünstigungen, die nach den agrarpolitischen Zielsetzungen gewollt sind, ermöglicht. Für den Bereich von Landwirten mit mehr als 24.000 DM Gewinn im Jahr sollten die gleichen Buchführungspflichten wie für Gewerbetreibende vorgesehen werden. Dies bedeutete für viele größere landwirtschaftliche Betriebe, die heute schon entsprechende Bücher führen (ohne sie allerdings für die Besteuerung heranzuziehen) nicht einmal eine zusätzliche Belastung.

Ein solches "dreistufiges" Verfahren bei der Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft entspricht in etwa dem Vorschlag B der Gutachterkommission mit sämtlichen dort genannten Vorteilen. Entscheidend ist seine Transparenz, die innerhalb der Landwirtschaft wie gegenüber den anderen Bereichen erst Steuergerechtigkeit ermöglicht. Zugleich wird ein solches dreistufiges Verfahren langfristig alle Probleme der Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft lösen, weil es wirklichkeitsnah ist und die Besteuerung aus sich heraus ständig neuen Entwicklungen anpaßt, ohne ständig neue Ungerechtigkeiten zu schaffen. Natürlich bedarf die Einführung dieses Verfahrens einer ausreichenden Übergangsfrist, in der durch Steuerabzugs- bzw. Freibeträge ein gleitender Übergang zu einer gerechten Besteuerung ermöglicht wird.

(-/13.6.1978/vo-he/hgs)

+

+

+

### Filbinger verstrickt sich immer tiefer

---

Nur ein toter Anti-Nazi ein guter Anti-Nazi?

Im Kampf gegen seine Vergangenheit, die ihn eingeholt hat und zu überrollen droht, ist dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger jedes Mittel recht. Er unternimmt sogar den Versuch, alle jene Gegner des Nazi-Faschismus auf sein Niveau herunterzuzerren, die nicht den Vorzug haben, den süßen und ehrenvollen Tod für das Vaterland gestorben zu sein - im KZ, am Galgen, erschlagen, verhungert oder erschossen, wie der Matrose Gröger, der wohl kein Widerstandskämpfer war.

Was unterscheidet eigentlich einen Julius Leber von einem Martin Niemöller? Welches Recht hat Herr Filbinger, den Mut und die Bereitschaft, das Leben für den Kampf um die Demokratie und Freiheit einzusetzen, bei Kurt Schumacher geringer zu schätzen als bei Carl Goerdeler, nur weil der erste lebend, wenn auch schwer krank, dem Terror entkam, während der zweite sterben mußte? Welchen Makel erhält ein Widerstandskämpfer gegen das Hitler-Regime, nur weil der Zufall, ein Fehler in der Tötungsmaschinerie, eine bessere körperliche Konstitution ihm das Leben gerettet haben, ihm, der für das gleiche Ziel gekämpft hat wie die Tausende, die sterben mußten? Welcher Umstand bringt Herrn Filbinger, der bis über den Zusammenbruch des von ihm gebilligten Dritten Reiches hinaus dessen "Recht" angewandt hatte, jenen Flugblattverteilern, Saboteuren, illegal für demokratische Parteien Tätigen näher, die die zwölfjährige Lebensgefahr überstanden haben? Wie kann er sich gemein machen mit Menschen, die nur dank der Standfestigkeit und Leidensfähigkeit ihrer Mitkämpfer in den Folterkellern der Gestapo dem sicheren Tode entronnen sind?

Es ist wahr: Das Hitler-Regime wurde von einer höchst effizienten Maschinerie zur Verfolgung Andersdenkender gestützt, von einem Heer "furchtbarer" Juristen mitgetragen. Aber so unfehlbar war die Verfolgungsmaschinerie auch nicht, so vollkommen vermochten die "furchtbaren" Juristen nicht zu sein, als daß sie die Überzeugung hegen konnten, alle, aber auch wirklich alle Widerstandskämpfer ermordet zu haben. Den Schleppnetzen ihrer Verhaftungsaktionen entgingen viele. Viele Unbeteiligte verfielen sich darin. War die Überzeugung der Perfektion der Verfolgungsmaschinerie der Grund für Herrn Filbingers Versuch, jedem Überlebenden des Nazi-Faschismus den Makel der Opportunität und der Unentschlossenheit anzuhängen? Nun, wir wissen, daß sie jedenfalls falsch war. Nicht alle Widerstandskämpfer wurden ermordet. Nicht alle, die ermordet wurden, waren Widerstandskämpfer. Der Matrose Gröger vermutlich auch nicht.

Dr. Walter Züller  
(-/13.6.1978/bgy/hgs)